



Freitag, 29. Mai 2026, 15:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

„Kontrollere“, voll unter Kontrolle

In den Coronajahren unterwarf sich die „Vierte Gewalt“ — die Presse — vollständig der ersten. Medienvertreter wurden zu Sprachrohren der Regierung.

von Uwe Froschauer
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (New Africa, Framalicious)

*Während der Coronajahre präsentierten sich große
Medienhäuser als nüchterne Informationsvermittler.*

Tatsächlich jedoch waren sie Propagandaorgane, Papageien der Regierenden: Narrative wurden verstärkt, Zweifel marginalisiert, kritische Stimmen delegitimiert und mundtot gemacht, Andersdenkende wurden etikettiert und diskreditiert. Statt einer nüchternen Analyse der miesen Machenschaften der Corona-Diktatoren dominierten moralische, unreflektierte Appelle sowie eine Unterstützung des verlogenen Regierungsnarrativs. Die öffentliche Meinung in der Coronazeit wurde von den Mainstreammedien im Sinne der Entscheider geformt. Aus den erwünschten neutralen und objektiven medialen Beobachtern wurden politische Akteure im Sinne des vorgegebenen Narrativs. Das ist beschämend für eine Branche, deren Aufgabe es ja gerade wäre, zu veröffentlichen, was die Mächtigen nicht gerne hören, findet Uwe Froschauer. Teil 6 der Artikelserie „Die großen Lügen“.

Formung der öffentlichen Meinung in Krisenzeiten

Moderne Gesellschaften leben von Informationen. Die meisten Menschen erleben die Welt nicht unmittelbar, sondern durch die Vermittlung der Medien. Zeitungen, Fernsehsender, Nachrichtenportale und soziale Plattformen entscheiden täglich darüber, welche Ereignisse sichtbar werden sollen und welche nicht, welche Themen als wichtig gelten und welche nicht und welche Perspektiven dominieren sollen.

Die Macht der Medien geht weit über bloße Informationsvermittlung hinaus. Wer bestimmt, was berichtet wird und wie darüber berichtet wird, prägt letztlich das Weltbild einer Gesellschaft. Medien informieren nicht nur, sondern formen Meinungen.

Das Vertrauen vieler Menschen in bestimmte Medien ist oftmals nicht mehr gerechtfertigt. Kritiker, dazu gehöre auch ich, äußerten während der Coronazeit den Vorwurf, dass zahlreiche Mainstreammedien manipulieren, beschönigen, zensieren und bagatellisieren würden – heute wissen wir, dass es so war. Bezeichnungen wie „Lügenpresse“ und „Abzockanstalten“, „Kulturdiktatur“, „Maßregelung“, „Zurechtweisung“, „enger Meinungskorridor“, „konformistische, beamtenähnliche Journalistenexistenzen“ oder „Haltungskollektive“ trafen meines Erachtens den Nagel auf den Kopf.

Im deutschen Rundfunkstaatsvertrag ist festgelegt, dass öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als Medium und Faktor freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung wirken und damit den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft dienen sollen. In der Praxis jedoch wird dieser Anspruch nach meiner Einschätzung nur unzureichend eingelöst, wenn überhaupt.

Vielmehr sind viele dieser Medien Sprachrohre der Regierenden. Die klare Trennung von Fakten und Meinungen gelingt ihnen kaum mehr und scheint vielfach gar nicht ernsthaft angestrebt zu werden. Kritische Stimmen aus den eigenen Reihen, die auf eine einseitige Berichterstattung hinweisen, werden häufig schon im Ansatz erstickt. Wer sich dennoch kritisch äußert, riskiert Diffamierung, Mobbing und eventuell den Verlust seines Arbeitsplatzes.

Wenn man sich während der Coronazeit die Talkshows und Diskussionsrunden mit Anne Will, Markus Lanz, Frank Plasberg oder

Sandra Maischberger ansah, fiel ein ähnliches Muster auf: Von den eingeladenen Gästen vertraten die meisten im Kern eine ähnliche, regierungskonforme Position und stritten sich allenfalls über Details. Dadurch entstand für das Publikum der Eindruck einer pluralistischen Debatte, obwohl die grundlegenden Standpunkte kaum voneinander abwichen. Wurde ausnahmsweise einmal ein wirklicher Abweichler eingeladen, geriet dieser meist unter massiven Druck der übrigen Diskutanten – eine Situation, die eher an ein Tribunal als an eine offene Diskussion erinnerte.

Den Raum für Meinungspluralismus gab es in der Coronazeit faktisch nicht mehr. Das Zeichen einer Diktatur. Die Coronajahre waren diktatorisch geprägt und sind als dunkles Kapitel deutscher und globaler Menschheitsgeschichte zu bezeichnen.

Propaganda statt objektiver und neutraler Berichterstattung der Medien

Der Begriff Propaganda stammt vom lateinischen *propagare* und bedeutet „verbreiten“. Heute versteht man darunter gezielte Versuche, Einstellungen, Wahrnehmungen und Verhalten von Menschen politisch zu beeinflussen.

Typische Kennzeichen propagandistischer Kommunikation sind:

- selektive Auswahl von Informationen,
- Vermischung von Fakten und Kommentaren,
- emotionale Ansprache statt nüchterner Analyse,
- Wiederholung zentraler Narrative,
- Ausblendung oder Diskreditierung abweichender Perspektiven.

Die genannten Kennzeichen waren während der Coronazeit in der Kommunikation der Mainstreammedien sehr gut erkennbar. Propaganda funktioniert dabei nicht primär über offene Lügen. Häufig arbeitet sie mit Halbwahrheiten, Deutungsrahmen und emotionalen Appellen, die die Wahrnehmung der Realität verschieben. Propaganda funktioniert besonders gut in Situationen kollektiver Unsicherheit. Angst reduziert die Bereitschaft zur kritischen Analyse und erhöht die Bereitschaft, Autoritäten zu folgen.

Der Politikwissenschaftler Harold Lasswell, einer der frühen Propagandaforscher, formulierte bereits in den 1920er-Jahren eine zentrale Regel politischer Kommunikation:

„Wenn man Menschen mobilisieren will, muss man Feindbilder und Bedrohungen schaffen.“

Krisenkommunikation bewegt sich häufig zwischen Information und Emotionalisierung. Je stärker Bedrohungen wahrgenommen werden, desto eher akzeptieren Gesellschaften weitreichende politische Maßnahmen – auch wenn sie in Wirklichkeit gegen das eigene Volk gerichtet sind, wie es in den Coronajahren der Fall war.

Eine der wichtigsten Figuren in der Entwicklung moderner Propagandatechniken war Edward Bernays, ein Neffe Sigmund Freuds und Pionier der Public Relations. In seinem 1928 erschienenen Buch „Propaganda“ formulierte er eine offene Beschreibung der Funktionsweise moderner Massengesellschaften:

„Die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element der demokratischen Gesellschaft. Diejenigen, die diesen unsichtbaren Mechanismus der Gesellschaft manipulieren, bilden eine unsichtbare

Regierung, die die wahre herrschende Macht unseres Landes ist“
(Edward L. Bernays: Propaganda, 1928).

Bernays betrachtete Manipulation nicht als Problem, sondern als notwendige Technik, um große Gesellschaften steuerbar zu halten. Seiner Ansicht nach würden Menschen häufig eher emotional als rational entscheiden. Wer die psychologischen Mechanismen der Öffentlichkeit verstehe, könne deshalb das Verhalten der Massen gezielt lenken.

„Wenn wir den Mechanismus und die Motive des Gruppen-Denkens verstehen, ist es jetzt möglich, die Massen ohne deren Wissen nach unserem Willen zu kontrollieren und zu steuern.“

In meinen Augen ist der Ausbau von Wissen über Missbrauchsmöglichkeiten des Menschen ein Verbrechen.

„Ich wusste, dass jede menschliche Aktivität für soziale Zwecke benutzt oder asozial missbraucht werden kann. Offensichtlich war die Attacke gegen die Juden Deutschlands kein emotionaler Ausbruch der Nazis, sondern eine wohlüberlegte, geplante Kampagne“ (Edward Bernays).

Auch die Corona-Pandemie war „eine wohlüberlegte, geplante Kampagne“ der politischen Entscheider und ihrer medialen und wissenschaftlichen Handlanger.

Die Ausrede vieler Wissenschaftler ihrem Gewissen und der Öffentlichkeit gegenüber, dass sie lediglich Wissen schaffen – wie das dann genutzt würde, liege nicht in ihren Händen –, ist für mich ethisch nicht vertretbar. Damit ist auch Bernays Sichtweise ethisch nicht vertretbar. Viele der Methoden, die er entwickelte, prägen bis heute politische Kommunikation, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit und sind durchaus als verwerflich zu bezeichnen.

Medien und Eliten

Der Besitz der Medien ist die stärkste Waffe der Besitz- und Machteliten. M. A. Verick schrieb einmal Folgendes:

„Die gefährlichsten Massenvernichtungswaffen sind die Massenmedien. Denn sie zerstören den Geist, die Kreativität und den Mut der Menschen und ersetzen diese mit Angst, Misstrauen und Zweifel.“

Dass immer noch sehr viele Menschen der steuernden Elite und ihren politischen Marionetten glauben, ist unser größtes Problem. Der Journalist und Literat Michael Klonovsky brachte dieses Dilemma wie folgt auf den Punkt:

„Und wenn Sie schließlich verarmt, kollektiviert, zensiert, überwacht und Ihrer persönlichen Freiheiten beraubt in einem ökosozialistischen Maßnahmenstaat leben, aber das Klima sich immer noch munter wandelt, werden Sie feststellen, dass das Ihr geringstes Problem ist.“

Medien berichten nicht nur über Ereignisse, sie strukturieren auch die Wahrnehmung dieser Ereignisse. Kommunikationsforscher sprechen in diesem Zusammenhang von Agenda-Setting und Framing.

- Agenda-Setting beschreibt die Fähigkeit der Medien zu bestimmen, über welche Themen überhaupt gesprochen wird.
- Framing beschreibt die Art und Weise, wie diese Themen interpretiert werden. Wenn ein Thema permanent präsent ist, erscheint es automatisch als besonders wichtig. Wenn Ereignisse stets in denselben Deutungsrahmen eingeordnet werden, entsteht ein scheinbar eindeutiges Bild der Realität.

Der amerikanische Journalist Walter Lippmann beschrieb dieses Phänomen bereits 1922 in seinem Buch „Public Opinion“. Menschen würden nicht auf die objektive Realität reagieren, sondern auf „Bilder in ihren Köpfen“ – Bilder, die größtenteils durch Medien vermittelt werden. Mit anderen Worten: Für einen Großteil der Bevölkerung ist die „Wirklichkeit“ nicht direkt sichtbar, sondern medial vermittelt.

Wie Agenda-Setting und Framing funktionieren, ließ sich während der Coronajahre deutlich beobachten. Begriffe wie „Pandemie der Ungeimpften“, die im Herbst 2021 vom damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn geprägt wurden, fanden rasch Eingang in die mediale Berichterstattung. Zahlreiche Medien griffen diese Formulierung auf und machten sie zu einem zentralen Deutungsrahmen der Pandemie. Schande über diese Politiker und ihre medialen Papageien!

Weitere Beispiele für Framing in der Berichterstattung, die den Deutungsrahmen der Debatte prägten, waren Begriffe wie „Corona-Leugner“, „Verschwörungstheoretiker“, „Impfgegner“ und dergleichen. Solche Begriffe wirkten als „Frames“, weil sie Personen oder Positionen sofort in eine bestimmte Kategorie einordneten.

Parallel dazu dominierten täglich präsentierte Kennzahlen – meist falsche oder fragmentierte Zahlen wie Inzidenzwerte, Neuinfektionen und Intensivbettenbelegung – die Nachrichtenagenda. Prognosen wie jene des Virologen Christian Drosten, der zeitweise vor bis zu 100.000 zusätzlichen Todesfällen warnte – was für ein Schwachsinn! –, verstärkten die Wahrnehmung einer akuten Bedrohungslage. Diese Zahlen wurden in Nachrichtensendungen häufig als erste Meldung des Tages präsentiert. In der Kommunikationsforschung gilt das als klassisches Beispiel für Agenda-Setting: Durch permanente Präsenz wird der Eindruck erzeugt, dass ein Thema das dominierende gesellschaftliche Problem ist.

Erinnern Sie sich noch? Egal welchen Sender Sie einschalteten, auf jedem kamen massenhaft Berichte und Nachrichten über Corona, und auch die Schlagzeilen in den Zeitungen wurden vom Thema Corona dominiert.

Automatisch wurde das relativ harmlose Coronavirus – dessen Existenz faktisch nicht einmal nachgewiesen ist – zum Thema Nummer eins in der Gesellschaft.

Gleichförmigkeit der Berichterstattung

Ein weiteres Problem moderner Medienstrukturen ist die zunehmende Konzentration von Informationsquellen. Ein großer Teil der weltweiten Berichterstattung basiert auf Meldungen weniger internationaler Nachrichtenagenturen wie *Reuters*, *Associated Press*, *Agence France-Presse (AFP)* oder nationaler Agenturen wie die *Deutsche Presse-Agentur*. Diese liefern täglich Tausende Meldungen, die von Redaktionen häufig nur leicht gekürzt oder sprachlich angepasst übernommen werden. Die Folge ist, dass selbst formal unabhängige Medien oft sehr ähnliche Darstellungen von Ereignissen verbreiten. Während der Coronazeit ließ sich dieses Muster gut beobachten. Viele Nachrichtensendungen und Onlineportale griffen nahezu identische Meldungen zu Infektionszahlen, Inzidenzwerten oder neuen Maßnahmen auf, zumeist basierend auf denselben Agenturmeldungen oder Pressekonferenzen staatlicher Institutionen.

Über Monate hinweg dominierten zudem bestimmte Kennzahlen die Berichterstattung. Die tägliche Veröffentlichung von Inzidenzen und Fallzahlen prägte maßgeblich die Wahrnehmung der Pandemie in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig wurden komplexere Kontextfaktoren, etwa Altersstruktur der Infizierten, Testintensität oder regionale Unterschiede, in der allgemeinen Berichterstattung

praktisch gar nicht diskutiert.

Auch bestimmte Begriffe und Narrative verbreiteten sich in atemberaubender Geschwindigkeit über zahlreiche Medien hinweg. Bekannte Beispiele sind Formulierung wie „Flatten the curve“ oder „Pandemie der Ungeimpften“, die im Herbst 2021 von politischen Akteuren geprägt und anschließend von vielen Medien nahezu wortgleich übernommen wurden. Solche Begriffe prägen die öffentliche Wahrnehmung eines komplexen Geschehens erheblich.

Neben sprachlichen Deutungen spielten auch visuelle Darstellungen eine große Rolle. Wiederkehrende Bilder aus Intensivstationen – medizinisches Personal in Schutzkleidung, Beatmungsgeräte oder überlastete Krankenhausstationen – wurden zu einem zentralen Symbol der Pandemie. Solche Bilder erzeugen eine starke emotionale Wirkung und formen langfristig die Wahrnehmung eines Ereignisses.

Hinzu kommt die enge Vernetzung zwischen Journalismus, Politik, Wissenschaft und internationalen Organisationen wie dem Weltwirtschaftsforum (WEF) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Während der Pandemie traten in vielen Medien immer wieder dieselben narrativtreuen Experten auf wie Professor Dr. med. Christian Drosten oder Professor Dr. Dr. h. c. Lothar H. Wieler, während andere wissenschaftliche Stimmen wie zum Beispiel die von Dr. med. Wolfgang Wodarg, Professor Dr. med. Sucharit Bhakdi oder Professor Dr. rer. nat. Stefan W. Hockertz, die heute nachweislich wesentlich realitätsnäher argumentierten, deutlich seltener Gehör fanden. Dadurch entstand in der Berichterstattung ein homogener, polarisierter Deutungsrahmen. Meinungspluralismus wurde plattgemacht – Diktatur.

In den Mediensystemen haben sich Netzwerke aus Journalisten, Politikern und Experten herausgebildet, in denen bestimmte Sichtweisen als selbstverständlich und unumstößlich hingestellt

wurden, und der Großteil der Bevölkerung hat diese nach allen Seiten abgesicherte Lüge leider geglaubt. Perspektiven außerhalb dieses Rahmens wurden als randständig oder unseriös deklariert. Während der Coronadiktatur hat diese Dynamik dazu geführt, dass öffentliche Debatten Meinungsppluralismus nicht mehr zuließen.

In mehreren Beiträgen meines Blogs „wassersaenge.com“ kritisierte ich, dass große Teile der Medien während der Coronazeit stark zur Vereinheitlichung bestimmter Narrative beigetragen haben.

Aus meiner Sicht fungierten viele Medien weniger als kritische Beobachter politischer Entscheidungen, sondern eher als deren kommunikative Verstärker. Die Medien haben sich unter anderem aus diesem Grund mitschuldig am enormen, durch schwachsinnige Coronamaßnahmen verursachten Leid der Bevölkerung gemacht sowie an der Aushebelung der Grundgesetze.

Ich lese seit Corona auch die bis dahin von mir bevorzugten Medien *Süddeutsche Zeitung* und *Spiegel* nicht mehr. Die zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Sender alias Propagandaorgane mit ihrem Hang zum betreuten Denken meide ich ohnedies.

Corona – Lehrbeispiel globaler medialer Narrativbildung

Die Corona-Pandemie war ein globales Ereignis und zugleich ein beispielloses Experiment medialer Meinungsbildung. Nie zuvor wurden politische Maßnahmen weltweit in einer solchen Intensität kommunikativ begleitet. Täglich dominierten Infektionszahlen, Prognosen, Expertenmeinungen und politische Appelle die Nachrichten. Dabei entstand schnell ein dominantes Narrativ: die Vorstellung einer einheitlichen wissenschaftlichen und politischen Linie, der sich Gesellschaft und Medien weitgehend anschließen

müssten. Der Großteil des Narrativs war willentliche und wissentliche Lüge.

Wichtige Debatten innerhalb dieses Rahmens, die die Bevölkerung vor den psychisch und physisch schädlichen Wirkungen der hirnlosen, von den meisten Medien unterstützten Coronamaßnahmen geschützt hätten, fanden selten statt. Unterschiedliche wissenschaftliche Einschätzungen wurden kaum sichtbar. Maßnahmen wurden so gut wie nie grundsätzlich hinterfragt, sondern überwiegend innerhalb eines engen Meinungsspektrums diskutiert.

Konformitätsdruck innerhalb der Medien

Der Umgang vieler Medienhäuser mit Mitarbeitern, die während der Coronazeit Kritik an der eigenen Berichterstattung äußerten, war menschenverachtend. Mehrere Journalisten berichteten öffentlich von Druck, Ausgrenzung oder beruflichen Konsequenzen, nachdem sie interne Missstände thematisiert hatten. Einige dieser Fälle werden unter anderem in einem absolut sehenswerten **Video des Senders AUF1** (<https://auf1.tv/elsa-auf1/inside-mainstream-was-ex-mitarbeiter-ueber-die-medien-berichten/>) vom August 2022 dargestellt.

Ein Beispiel für narrativunterstützenden Arbeitgeberdruck ist der Fall der ehemaligen ZDF-Mitarbeiterin Katrin Seibold. Sie kritisierte öffentlich, dass in der Corona-Berichterstattung ihre journalistische Arbeit nachträglich verändert worden war. In einem Beitrag über die Aktion „#allesdichtmachen“ ist ihre ursprüngliche Darstellung durch redaktionelle Eingriffe so umgestaltet worden, dass kritische Positionen abgeschwächt oder diskreditiert wurden. Auch Kolleginnen und Kollegen hätten erlebt, dass Beiträge gegen ihre

Überzeugung umgeschnitten oder Interviews nachträglich ergänzt wurden, um ein bestimmtes Narrativ zu stützen, sagte Seibold. Für mich wirft ein solcher Umgang mit journalistischer Arbeit erhebliche Fragen zur innerredaktionellen Meinungsfreiheit auf.

Ein weiteres Beispiel ist Martin Ruthenberg, Nachrichtensprecher beim SWR, zuvor bei Pro7. Er hielt die Diskrepanz zwischen dem, was er nach eigener Recherche über Corona wahrnahm, und dem, was er im Studio vorlesen sollte, irgendwann nicht mehr aus. Seit Oktober 2021 galt er als arbeitsunfähig gemeldet. Seine Kritik an der Corona-Berichterstattung stieß sowohl bei Vorgesetzten als auch bei Kollegen auf Unverständnis, Ignoranz oder Schweigen. Besonders kritisierte Ruthenberg „nicht eingeordnete Todeszahlen“, die seiner Ansicht nach vor allem dazu dienten, Angst in der Bevölkerung zu erzeugen.

Gleichzeitig berichtete er von starkem Zeitdruck in den Redaktionen: Für gründliche Recherche bleibe oft kaum Raum, weshalb viele Beiträge weitgehend auf Agenturmeldungen basierten. Zudem orientierten sich viele Mitarbeiter stark an den Erwartungen der Vorgesetzten, nicht zuletzt aus Karrieregründen. Ruthenberg sprach in diesem Zusammenhang von einem „kulturellen Problem“ öffentlich-rechtlicher Medien. Diese Form der Anpassung habe er nicht erst während der Pandemie beobachtet; sie werde teilweise bereits im Studium eingeübt. Kritische Journalisten gebe es durchaus, so Ruthenberg, allerdings nur wenige.

Auch das Verhalten gegenüber Ole Skambraks, langjähriger Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ist ein Beispiel für den unseriösen Umgang vieler Mainstreammedien mit kritischen Mitarbeitern. Der Redakteur, der zwölf Jahre bei der ARD tätig war, veröffentlichte im Oktober 2021 einen offenen Brief, in dem er die Corona-Berichterstattung seines Senders scharf kritisierte. Nach anderthalb Jahren Pandemie halte er diese nicht mehr für

ausgewogen und bemängelte insbesondere fehlende Meinungsvielfalt und mangelnden Diskurs. Kurz nach Veröffentlichung seines Briefes wurde Skambraks fristlos gekündigt. Dieser Vorgang war ein klassisches Exempel: Potenzielle Nachahmer sollen abgeschreckt werden, indem man ihnen die möglichen Konsequenzen vor Augen führt. Kritische Mitarbeiter sollen offenbar lieber schweigen. Bestrafe einen, erziehe Hunderte! Demokratie? Der offene Brief dieses mutigen Journalisten ist weiterhin **online abrufbar** (<https://multipolar-magazin.de/artikel/ich-kann-nicht-mehr>) und absolut lesenswert. Hut ab, Herr Skambraks!

Die Journalistin Piera Reich berichtete von ähnlichen Erfahrungen. Sie arbeitete 27 Jahre für ERF-Medien und war später freiberuflich für den großen privaten Radiosender FFH tätig. Nach ihren Aussagen existierten in den Redaktionen klare thematische Leitlinien: Große Themen wie Migration, Gender oder Klimawandel durften kaum kritisch hinterfragt werden, und während der Coronazeit wurde dies besonders deutlich. Reich bezeichnete die damalige Berichterstattung als „Gipfel der Meinungsdictatur“. Ihrer Beobachtung nach hätten viele Journalisten die vorgegebenen Narrative weitgehend unkritisch übernommen. Sie sprach sogar davon, dass Kollegen teilweise wirkten, als seien sie einer „Gehirnwäsche“ unterzogen worden und kaum noch bereit, Dinge zu hinterfragen.

Piera Reich nahm selbst an Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen teil und berichtete anschließend in der Redaktion über ihre Eindrücke. Ihre Kollegen blieben dennoch bei ihren verzerrten Darstellungen.

Zusätzlich wurde Journalisten empfohlen, zur Überprüfung von Informationen sogenannte Faktenchecker wie Correctiv oder den Volksverpetzer heranzuziehen. Meiner Ansicht nach erfüllen diese

Plattformen meist eine andere Funktion: Sie stabilisieren bestehende Narrative, statt sie kritisch zu prüfen. In meinen Augen handelt es sich dabei eher um Faktenverdreher als Faktenchecker. Schämt euch, ihr Wahrheitsverdreher!

Piera Reich versuchte zunächst noch, innerhalb des Systems journalistisch zu arbeiten. Doch die wachsenden Wissenskonflikte wurden schließlich zu groß. Sie zog die Konsequenz und gab ihren Beruf auf. Liebe Frau Reich: Im Gegensatz zu vielen Ihrer Kollegen können Sie sich wenigstens noch mit gutem Gewissen im Spiegel ansehen.

Der amerikanische Journalist Upton Sinclair brachte dieses Problem bereits vor über hundert Jahren auf den Punkt:

„Es ist schwierig, einen Menschen dazu zu bringen, etwas zu verstehen, wenn sein Gehalt davon abhängt, dass er es nicht versteht.“

Fazit

Narrativtreue Medien und ihre Akteure ebenso wie Politiker, Wissenschaftler, Richter, Ärzte und andere Institutionen, die sich an der gesellschaftlichen Ausgrenzung Andersdenkender während der Coronazeit beteiligt haben, sollten sich im Rahmen einer ernsthaften Aufarbeitung erklären und verantworten müssen. Für das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft ist eine solche Aufarbeitung unverzichtbar. Nur so lässt sich verstehen, wie es dazu kommen konnte, dass große Teile der Bevölkerung die Diskriminierung und Diffamierung Andersdenkender hinnahmen oder sogar unterstützten. Auch der Hitlerfaschismus wurde – zumindest zu einem großen Teil – aufgearbeitet, um zu begreifen, wie eine solche Entwicklung überhaupt möglich war. Sollte eine vergleichbare Aufarbeitung der Coronapolitik ausbleiben, wäre das ein schwerer Schaden für Demokratie und Rechtsstaat.

Die eingesetzte Enquete-Kommission erscheint in diesem Zusammenhang wie ein zahnloser Papiertiger, eine Scharade, eine Farce, die es vielen Verantwortlichen ermöglicht, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Diejenigen, die durch ihre Entscheidungen und ihre Berichterstattung erhebliches gesellschaftliches Unheil angerichtet haben, könnten am Ende ungeschoren davonkommen. Dann hätte die Gesellschaft wieder einmal nichts gelernt und würde die gleichen Fehler bei nächster sich bietender Gelegenheit wieder machen.

Der dreifach geimpfte Moderator Mark Dolan formulierte seine Kritik an der Coronapolitik im britischen Sender GB News drastisch:

„(...) was uns von den Behörden gesagt wurde, wir würden die Ausbreitung mit einem Pils unterbinden, war eine dreiste Lüge! (...) Die Verschwörungstheoretiker, die Aluhutträger, die sogenannten Impfgegner – die in Wirklichkeit nur für eine freie Wahl eintraten – hatten die ganze Zeit recht (...). Wir werden sie nicht vergessen: die Firmen, die Politiker, die Prominenten und die TV-Ärzte, die uns unnötig dazu gedrängt haben, den Impfstoff zu nehmen. Sie haben Blut an ihren Händen! Niemals vergeben, niemals vergessen – und niemals wieder.“

Man kann nur hoffen, dass diese Worte nicht folgenlos verhallen.

Meinungspluralismus ist ein zentraler Baustein jeder funktionierenden Demokratie. In den vergangenen Jahren nahm die medial unterstützte Diffamierung, Diskreditierung und Etikettierung Andersdenkender jedoch in besorgniserregendem Maße zu. Sie wurde zu einem beliebten Instrument vieler Mainstreammedien, das politische Mittelmäßigkeit – repräsentiert durch Figuren wie Friedrich Merz oder Ursula von der Leyen – bereitwillig unterstützt.

In einer demokratischen Gesellschaft geht es nicht darum, wer endgültig „recht“ hat. Einen absoluten Wahrheitsanspruch kann

ohnehin niemand erheben. Entscheidend ist, dass unterschiedliche Sichtweisen überhaupt diskutiert werden und in Entscheidungsprozesse einfließen können. Daran mangelte es massiv während der Coronajahre. Die öffentlich geführte Debatte und der daraus abgeleitete gesellschaftliche Konsens erwiesen sich als vollkommen einseitig.

Viele Mainstreammedien gaben die von oben vorgegebenen Narrative weitgehend ungeprüft wieder. Die notwendige Staatsferne und journalistische Unabhängigkeit, die Voraussetzung für eine freie Meinungsbildung ist, blieb auf der Strecke. Zwar war ein Teil der Medien auch schon vor Corona nicht gerade für besondere Objektivität bekannt, doch die Pandemie legte die unmittelbare Nähe vieler Redaktionen zu politischen Entscheidungsträgern und deren Einflusskreisen in bislang ungekanntem Ausmaß offen.

Die Coronajahre haben eine grundlegende Frage erneut aufgeworfen: Sind Medien in erster Linie kritische Kontrollinstanzen der Macht oder Instrument politischer Kommunikationsstrategien?

Die Antwort entscheidet darüber, wie lebendig eine Demokratie tatsächlich ist. Eine freie Gesellschaft lebt nicht von Einigkeit, sondern von offenen Debatten. Dissens ist die Essenz der Demokratie und der Wissenschaft. Dazu haben jedoch viele Mainstreammedien während der Coronazeit kaum beigetragen. Eine echte Debattenkultur beginnt dort, wo Journalisten den Mut haben, auch gegen dominante Narrative zu berichten. Die Coronajahre haben jedoch gezeigt, wie schnell aus Journalismus Narrativjournalismus werden kann. Wenn Medien nicht mehr kontrollieren, sondern nur noch bestätigen, ist eine Meinungsdictatur nicht mehr weit. Eine Demokratie, die sich mit solchem „Schlappschwanz-Journalismus“ zufriedengibt, hat ein ernstes Problem.

Der amerikanische Präsident John F. Kennedy erinnerte 1961 in einer legendären Rede vor Zeitungsverlegern an die Verantwortung der Akteure in einer Demokratie:

„Ohne Debatte, ohne Kritik kann keine Regierung und kein Land erfolgreich sein – und keine Republik überleben.“

Medien sollten nicht primär bestätigen, was Menschen ohnehin glauben wollen. Ihre Aufgabe besteht darin, Macht zu kontrollieren, Fragen zu stellen und unterschiedliche Perspektiven sichtbar zu machen.



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaege.com** (<https://wassersaege.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.